

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa., Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphisch-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18083. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelselle oder deren Raum 1,00 M., bei Platzvorschrift 2,30 M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1,70 M. Reklame-Kolonelselle 7,50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ein neuer Antistreich-Erlaß an die Eisenbahner.

Berlin, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit veröffentlicht einen neuen Antistreich-Erlaß des Reichsverkehrsministers Gröner. Dieser hat an sämtliche Zweigstellen der Generaldirektionen und Eisenbahndirektionen folgendes Telegramm geschickt:

Der klare und feste Standpunkt der Reichsregierung zur Frage des Beamtenstreiks (siehe Reichsverkehrsminister 24) ist von den Herren Präsidenten mit allem Nachdruck zu vertreten. Hierzu werden folgende Richtlinien gegeben:

1. Mit den Beamtenstellen unvereinbar ist eine zum Streik treibende Tätigkeit von Beamten usw. in und außer der Dienstzeit. Die Vorkommnisse bei dem Kapp-Putsch haben den Beamten vollkommen die Köpfe verwirrt.

2. Streikagitation innerhalb der Dienststunden und Diensträume ist unzulässig. Anschläge an Eisenbahngebäuden, die zum Streik anfordern, sind zu verhindern. Ebenso die Verteilung von Flugzetteln unter der Beamtenschaft zum Zweck der Streikagitation.

3. Die geeigneten Mittel zur Bekämpfung des Streikfeiebers unter der Beamtenschaft sind anzuwenden. Dazu gehört insbesondere Aufklärung über die schweren Folgen von Beamtenstreiks für den einzelnen Beamten, für die gesamte Beamtenschaft und ihre Stellung im Staate, für den Staatsgedanken, sowie für unsere politische und wirtschaftliche Entwicklung überhaupt.

4. Reichsregierung und Parlament haben die Not der Beamten durch die im Dezember getroffenen Maßnahmen anerkannt und werden auch weiterhin auf eine Milderung dieser Notlage hinarbeiten. Die unbesonnenen fortgesetzten Streikandrohungen dagegen scheinen nur eine Aufgabe zu haben: eine gerechte, und so weit es die Verhältnisse zulassen, befrriedigende Lösung der Forderungfrage zu verhindern.

Diese Verfügung, die an die schönen Zeiten der Beamtenknebelung unter dem wilhelminischen Minister Rüdde erinnert, wird den höheren Eisenbahnbürokraten willkommenen Anlaß zur Schürriegelung unbehaglicher Untergebenen geben. Was läßt sich nicht alles unter „streiktreibender Tätigkeit“ verstehen! Und wie hübsch läßt sich ein Spießdienst einrichten und rechtfertigen, wenn auch das Verhalten des Beamten außer Dienst kontrolliert werden muß! Es wird eine Wera der Angeberei beginnen, man wird den Zusammenhalt der Beamten durch Spieß zu sprengen versuchen, dem Lumpentum wird Tür und Tor geöffnet. Das ist das Koalitionsrecht in der Republik.

Hübsch ist übrigens der Hinweis auf die Verwirrung, die der Kapp-Putsch im Denken der Beamten angerichtet habe. Es wäre Herrn Gröner und den Herren, die heute in der Regierung sitzen, zum mindesten den Sinneseinzelnen natürlich lieber gewesen, wenn die Eisenbahndirektoren damals den Kapp-Putsch durch prompte Weiterleistung ihres Dienstes gefördert hätten.

Wir wünschen lebhaft, daß Reichsregierung und Parlament die Notlage der Eisenbahner nicht nur anerkennen, sondern auch das Nötige tun, um sie zu beheben, damit ein Streik vermieden werden kann. Jedenfalls werden aber Antistreich-Erlasse von diesem Groenerischen Kaliber an der Sache nichts bessern, sondern die Lage nur verschlimmern. Das Streikrecht werden die Beamten mit aller Fähigkeit verteidigen müssen, wenn sie nicht wieder zu Bundesleuten herabstinken wollen.

Französische Truppen gegen Sowjetrußland?

Berlin, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Note Gröners und die internationale veröffentlichten gleichzeitig eine Meldung, die ihnen angeblich aus Süddeutschland zugeht. Danach heißt es: Die oberste französische Befehlshaber hat der 3. französischen Division, deren Standort Mainz ist, den Befehl zugehen lassen, sich marschbereit zu halten, und zwar soll diese Division nach Polen transportiert werden. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob der Transport auf dem Wasser- oder Landwege geschehen soll. Als Tag des Abmarsches wird der 28. Dezember 1920 angegeben. Die 3. Division besteht nur aus weißen Truppen.

Es verleiht sich von selbst, daß wir von der deutschen Regierung Verhinderung jedes gegen ihre Verpflichtung zur Neutralität verstoßenden Truppentransports durch deutsches Gebiet fordern und daß die Arbeiterschaft über die Erfüllung dieser Forderung aufmerksam zu wachen hat.

Die Bolschewikkonferenz zur deutschen Orgelei-Note.

Paris, 27. Dezember. Die Bolschewikkonferenz hat sich heute mit der Note der deutschen Regierung vom 22. Dezember befaßt, die sich auf die Entwaffnung der Einwohnerwehren bezieht. General Wengand und General Nollet wohnten der Sitzung bei. Wie der Temps meldet, einigte man sich nach kurzer Zeit dahin, daß die Entscheidung dieser Frage angesichts der Wichtigkeit den alliierten Regierungen überlassen werden müßte.

Nach einem Bericht der L. V. wurde bei den Beratungen hervorgehoben, daß die Abrüstung der verschiedenen Organisationen, die in Deutschland bestehen, den Gegenstand eines Uebereinkommens in Spa bilden, und daß dieses Uebereinkommen direkt

von den Entente-Regierungen abgeschlossen wurde. Unter diesen Bedingungen beschloß die Konferenz einstimmig, die Frage den alliierten Regierungen zur Entscheidung zu übertragen. Sie forderte ferner, daß das interalliierte Militärkomitee in Versailles einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der deutschen Abrüstung vorbereite. Dieser Bericht wird den Entente-Regierungen durch das Sekretariat der Bolschewikkonferenz übermittelt werden. Paris, 27. Dezember. Nach Bericht Parisien wird General Nollet in der heutigen Sitzung des Bolschewikkonferenzen Ausschusses über die Aufhebung der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen geben.

Auch die Auflösung der Sicherheitspolizei gefordert?

Frankfurt a. M., 28. Dezember. (L. V.) Der Notenwechsel zwischen der Entente und Deutschland, der sich mit der Frage der Einwohnerwehren nach den Vorschriften des Protokolls von Spa befaßt, hat ein neues Moment ergeben. Die Alliierten haben, wie der Berliner Vertreter der Frankfurter Zeitung erfährt, in Berlin eine neue Note überreichen lassen, worin in entschiedenen Tönen die Entwaffnung und Auflösung der Sicherheitspolizei verlangt wird. Einiges Bestreben erregt es, daß bei mehreren Stellen, die über diese Note unterrichtet sein müßten, darüber bis zur Stunde keinerlei Auskunft zu erlangen war.

Das Ende der d'Annunzio-Herrschaft in Fiume.

Italienische Regierungstruppen besetzen die Stadt.

Berlin, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Korrespondent der Bolschewikkonferenz meldet aus Rom: Der Feldzug gegen Fiume wurde siegesmäßig eröffnet. Das Vordringen der Regierungstruppen, durch offensives Vorgehen d'Annunzios veranlaßt, hatte mehrere hinterhältige Ueberfälle durch die Legionäre zur Folge. Fiume ist bereits bis auf die engste Häusergrenze umzingelt. Die Bewegung wurde in der Nacht auf den 27. Dezember langsam fortgeführt. Die Regierungstruppen sind bereits in die Vororte Fiumes eingebrungen und wurden von der Bevölkerung als Befreier begrüßt. Die Leute d'Annunzios singen abermals unter der Vorherrschaft des Parlamentarismus starke Regierungseinheiten ab. d'Annunzio ließ alle Waffen sprengen. Das Gaswerk wurde von den Regierungstruppen besetzt. In der Stadt sind drei Versuche der Bevölkerung, gegen das Regime d'Annunzios zu revoltieren, blutig erstickt worden. Der Operationsplan der Regierung steht die Befreiung des ganzen Gebiets von Fiume vor, worauf die Bevölkerung in freier Abstimmung sich die Verfassung selbst geben soll. In Zara wurden die Legionäre zur Uebergabe gezwungen, nachdem schon ein Handstreich gegen das Kriegsschiff Marsala gescheitert war. Rom ist voll von Gerüchten über den Fall Fiumes, der schließlich erwartet wird. Durch ein in schärfster Form erlassenes Versammlungsverbot wird jede Demonstration im Reich verhindert. Eine Kundgebung, die gestern in Rom versucht wurde, ist schamlos gesprengt worden.

Der Korrespondent des Tageblatts meldet aus Rom: Popolo Romano meldet: Cavaglia drang in Fiume ein. Der Regierungspalast ist von italienischen Truppen umgeben. d'Annunzios Schicksal ist unbekannt.

Wachstum der englischen Konsumvereinsbewegung.

Eigenproduktion im großen Maßstab geplant.

Berlin, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus London wird gemeldet: Der größte Konsumverein des Landes, Wholesale Cooperative Society, arbeitete einen Plan aus, um mittels größerer Kapitalien den Zwischenhandel auszuscheiden, der bisher die Konsumvereine besetzte. 1.100.000 Pfund Sterling wurden zum Ankauf von Grund und Boden in verschiedenen Teilen Englands verwendet. Man will Rohstoffequellen erwerben und selbst herstellen, was die Konsumvereine bisher einkauften. Schuhwarenfabriken sollen gegründet, Holz eingekauft, Webstofffabriken eingerichtet, Webereien, Holzgerätschaften usw. erworben werden. Auf den Vieh- und Fischmärkten will man nunmehr direkt einkaufen. Viel Land ist von der Wholesale Cooperative Society in Indien und auf Ceylon zum Anbau von Tee angekauft worden, und zwar in einem Umfang, daß mit einer Ernte von 50 Millionen Pfund gerechnet wird.

Breslauer Polizei gegen Arbeitslose.

Breslau, 27. Dezember. (L. V.) Im Anschluß an eine Arbeitslosenversammlung auf dem Schloßplatz, die von der Kommunistischen Partei gegen den Willen der Gewerkschaften und des Erwerbslosenrates einberufen worden war, wollten die Teilnehmer nach dem Rathaus ziehen, trotzdem der Polizeipräsident Umzüge verboten hatte. Die Menge griff die zum Schutze des Rathauses aufgestellte Polizei an. Nach dem die Polizei Schreihülse abgegeben hatte, zerstreute sich die Menge. Durch zurückfallende Kugeln (?) wurden einige Personen verwundet; eine ist ihren Verletzungen erlegen. Mehrere Beamte wurden durch Schläge und Steinwürfe verletzt. Vor dem Rathaus kam es später noch zu Ansammlungen, die nach Verhaftung einiger Personen zerstreut wurden.

Die Wirtschaftsgrundzüge der bolschewistischen Partei.

I.

Wenn man sich heute mit dem Stand der Wirtschaft in Rußland beschäftigt, so wird man gut tun, nicht von der Wirtschaft der Sowjets, der Räte zu sprechen. Diese Einrichtung, eine elementare Schöpfung der proletarischen Massenrevolution, ist planmäßig, Stück für Stück abgebaut worden und gegenwärtig ist sie so gut wie beseitigt. An ihre Stelle ist die Herrschaft der bolschewistisch-kommunistischen Partei getreten, deren spezifische Schöpfung die gegenwärtigen Wirtschaftsmethoden in Rußland sind. Diese tatsächliche Feststellung ist notwendig, wenn man den Streit um die fest ausgebildete Form der russischen Wirtschaft und ihre Entwicklungsmöglichkeiten verstehen will. Dieser Streit nimmt die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch, er erfordert das besondere Interesse des internationalen Proletariats, weil die russische Revolution seine eigene Angelegenheit ist, es muß aus dem bisherigen Verlauf der Ereignisse die erforderlichen Lehren zu ziehen versuchen für die soziale Revolution in den andern Ländern und schließlich ist die außer-russische Arbeiterklasse zu einer grundsätzlichen Stellungnahme gezwungen, weil sie in wachsendem Maße immer noch versucht, die Methoden der bolschewistischen Partei als die für die ganze kapitalistische Welt einzig mögliche und richtige Kampfweise zu betrachten. Des weiteren werden sich nach der Niederwerfung der äußeren Feinde Rußlands in der nächsten Zeit im Innern des Landes ökonomische Verschiebungen vollziehen, die von der größten Tragweite sein müssen. In dem Maße, wie die bolschewistische Regierung dazu übergeht, auswärtigen Kapitalmächten Konzessionen und Ausbeutungsgarantien über die schatzhaften Naturreichtümer Rußlands zu vergeben, besteht sie zu, daß sie dem wirtschaftlichen Aufbau des Landes im kommunistischen Sinne nicht gewachsen ist. Die bolschewistische Partei greift zu dem Mittel der Mitteleilung ausländischen Kapitals nicht aus Neigung zum Kapitalismus, sondern weil sie infolge der zunehmenden inneren Nöte dazu gezwungen sein wird. Damit tritt der Bolschewismus aber auch in seine entscheidende Krise. Aus allen diesen eminent wichtigen Gründen ist eine Betrachtung der russischen Wirtschaftsprobleme immer wieder geboten.

Die bolschewistischen Führer und Organe werden natürlich nicht müde, dem internationalen Proletariat die Richtigkeit und Sieghaftigkeit ihrer Prinzipien immer wieder in den grellsten Farben zu schildern. Die Führer anderer Arbeiterparteien Rußlands, so vor allem die Genossen Abramowitsch und Martow, berichten das ungefähre Gegenteil. Und ebenso geteilt sind die Meinungen der zahlreichen Rußlandsfahrer. Aber greifen wir aus der Fülle der Berichte zwei Bücher heraus, die von ökonomisch gesunden Männern stammen und die Kernfragen der augenblicklichen russischen Wirtschaftsoverfassung behandeln — die Bücher von Dr. Alfons Goldschmidt* und Prof. Dr. Carl Ballod.** Beide Schriften ergänzen sich vortrefflich; während der Bolschewiki-Enthusiast Goldschmidt vorwiegend das russische Wirtschaftssystem darstellt, liefert Ballod eine gedrängte Uebersicht über den Stand der Wirtschaft in Rußland, befähigt uns, Goldschmidts Schilderungen wirklich positiv-kritisch zu prüfen.

Goldschmidt hat etwa acht Wochen zu Studienzwecken in Rußland gewohnt. Nüchtern in Petersburg und Moskau, in den politischen und wirtschaftlichen Zentralen der bolschewistischen Partei. Sein Material, seine Informationen empfangen er von der neurußischen Bürokratie. In diesen Quellen studierte er — soweit das in acht Wochen möglich ist — das System, die Form der bolschewistischen Wirtschaft. Den tatsächlichen Stand hat er nicht kennen gelernt. In seinem Tagebuch „Moskau 1920“ (in demselben Verlag), das dem Wirtschaftsbuch voranging, schildert Goldschmidt anschaulich seinen Moskauer Aufenthalt; da wird über das Zusammenarbeiten mit Krzyzhanowstch, dem Elektrizitätsorganisator Rußlands, berichtet, in seinem Bureau begriff Goldschmidt „den Sinn des ökonomischen und sozialen Sozialismus“. Ähnliches berichtet er über seine Unterredungen mit Stimitel, der die Metallwirtschaft leitet. Diese einseitige und unzulängliche Vorarbeit vermindert den objektiven Wert des Buches ganz außerordentlich, aber es gewinnt andererseits wieder insofern, als es uns die russische Wirtschaftsorganisation, die Ueberzentralisierung und Ueberbürokratisierung drastisch vor Augen führt.

Der Zentralismus, der Ueberzentralismus, aus dem der Bürokratismus naturnotwendig herauswächst, bildet die Grundlage der russischen Wirtschaft. Auf dem Papier steht eine von unten auf gegliederte Rätevertretung, aber sie ist nicht vor-

* Die Wirtschaftsorganisation Sowjet-Rußlands, von Dr. Alfons Goldschmidt. Berlin 1920. Verlag Ernst Rowohlt. 306 Seiten. Preis broschiert 40 M., gebunden 50 M.

** Sowjet-Rußland, von Prof. Dr. Carl Ballod. Berlin 1920. Verlag der Freiheit. 60 Seiten. Preis broschiert 5 M.